

Aus dem Besitz des RA. Fritsch,  
Augsburg. (Vert. Fall VII u. XI)

75-5/16-1

Sehr geehrter Herr v. Zitzewitz!

Für den Fall, dass ich Sie persönlich nicht antreffe, darf ich das Folgende bemerken:

- 1) meine Erklärung zu den mir neulich vorgelegten Fragen ist in der Anlage mit Abschrift beigelegt.
- 2) wegen der Frage, ob der R.F.M. verantwortlich für Einnahmen (die in die Reichskasse fliessen) oder die Stelle, welche die Anweisung zur Einnahme gibt, habe ich den Praesidenten Schroeder aufgesucht. Er ist bereits 1924 aus dem R.Fin. Min. ausgeschieden und könnte nur bis 1924 bekunden, dass selbstverständlich nur der Ressortchef verantwortlich ist, der die Anweisung zur Einnahme gibt. Ich habe mich infolgedessen an den Ministerialdirektor Josef Mayer in Hamburg gewandt, der bis zuletzt Generalreferent für den Etat im R. Fin. M. war. Eine Antwort habe ich von ihm noch nicht, werde sie aber nachreichen, sobald ich im Besitz derselben bin.
- 3) zu der weiteren Frage: wieviel (schätzungsweise) aus jüdischem Besitz stammende Wertpapiere / die Seehandlung für das Reich verwertet hat und von wem der Auftrag zur Verwertung gestammt hat, war der Praesident nicht in der Lage, eine Auskunft zu geben. Er meinte, dass erschöpfende Auskunft die nachstehenden Herren geben könnten:
  - a) Staatsfinanzrat Schilling, Hamburg, Ferdinandstr. 75 in Firma Brinekmann, Wirts & Co. früher Warburg & Co.
  - b) Oberfinanzrat Neffka, Berlin-Lichterfelde-West, Ringstr. 38/9
  - c) Bankrat Boeck, Berlin-Frohnau, Benediktinerstr. 8 oder 9Mit verbindlichem Gruss ergebenst

Karl Wever

00001

Ich kenne Graf Schwerin von Kresigk schon aus der Zeit, in der ich unter den Reichskanzlern Bauer bis Stresemann-1919 bis 1923- in der Reichskanzlei als vertragender Rat tätig war. 1921 habe ich wohl gelegentlich eine der vielen Kabinettsitzungen seine Bekanntschaft gemacht. Er fiel mir vor vielen anderen angenehm auf durch sein bescheidenes Auftreten, seine gewandten Umgangsformen, seine ausserordentliche Sachkenntnis und geschickte Darstellungsweise. Der Gesamteindruck war der eines Mannes, auf den man sich verlassen konnte und den man schätzen musste.

Als ich am 1. Februar 1925 als Leiter der Beamten- und Besoldungsabteilung in das Reichsfinanzministerium eintrat, war er Generalreferent. 1928 wurde er Ministerialdirektor, dem auch meine Abteilung unterstand, und 1932 Minister. Der günstige Eindruck, den ich von ihm schon vor meinem Eintritt in das Reichsfinanzministerium hatte, hat sich in diesem bei der dienstlichen engeren Berührung nur verstärkt und vertieft. Zu der ausserordentlichen Sachkenntnis und geschickten Behandlung der Dinge, die die Durchsetzung der oft schwierigen Stellung des Reichsfinanzministeriums gegenüber den anderen Ministerien und dem Reichstag und seinen Parteien erforderte, trat ihm besonders das tiefe ethische Verantwortlichkeitsgefühl zu Tage, das er nicht nur der Sache, sondern in hervorragendem Masse der menschlichen Seite der Personen und Dinge entgegenbrachte. Die ihm anvertraute Fürsorge für die Beamtenschaft in ihrem aktiven Verhältnis, im Ruhestand für sie selbst und für ihre Witwen und Waisen und die Betreuung der Kriegsbeschädigten waren verbildlich. Als in den Jahren 1930 und 1931 mit Rücksicht auf die finanziellen Verhältnisse auch den von ihm betreuten Kreisen Kürzungen auferlegt werden mussten, unterzog er sich dieser Aufgabe nur schweren Herzens und beklagte, wie er die nicht vermeidbaren Kürzungen der Gehälter usw. so ertragen wie möglich machen konnte. Die gleiche Haltung nahm er auch als Minister ein, als die überstürzten Verhältnisse des Jahres 1933 und das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbesitzentums vom 7. April 1933 die Chefs der einzelnen Verwaltungszweige zur Bereinigung des Beamtenkörpers vorzuziehen. Er scheute keine Mühe, die zum Teil für die Betroffenen so schwerwiegenden Bestimmungen mit ausserster Milde und Beachtung durchzuführen. Er bereiste persönlich die Aussenverwaltungsbezirke, um an Ort und Stelle die Dinge zu besprechen. Einige Oberfinanzpräsidenten alten Schlages haben mir gelegentlich erzählt, wie menschlich entgegenkommend der Minister die einzelnen Fälle behandelt hätte. Die alte Beamtenschaft hatte unbedingtes Vertrauen zu ihm und war dankbar für den Schutz, den er ihr den neuen Männern gegenüber angedeihen liess. Sein hohes Verantwortlichkeitsgefühl hat ihn auch in späteren Jahren nicht verlassen und ihn veranlaßt, fahnenflüchtig zu werden und das Wohl und Wehe der ihm anvertrauten Personen und Aufgaben anderen zu überlassen, die sicher noch weniger den neuen Machthabern gegenüber willfährig gewesen wären.

Die Stellung des Reichsfinanzministers war seit 1933 immer schwieriger geworden. Hatte er während der parlamentarischen Zeiten eine gewichtige Stimme, die nicht nur im Reichskabinet, sondern auch im Reichsrat und im Reichstag ihre Geltung hatte, so verlor der Reichsfinanzminister diese Stellung in immer stärker werdenden Masse durch die rigorose Politik der neuen Machthaber. Die Bande ordnungsmässiger Finanzgebarung lockerten sich immer mehr und brachten den Reichsfinanzminister und sein Ministerium immer weiter in die Hinterhand. Besonders schwierig war sein ständiger Kampf gegen die immer grösser werdenden Anforderungen der Wehrmacht. Nicht nur die Kontrolle der Sachforderungen wurde ihm entzogen, auch auf dem Gebiet der Personalforderungen und Besoldungen bildeten sich Eigenmächtigkeiten heraus. Wiederholt hatte er mit den verschiedenen Chefs der Wehrmacht Abreden getroffen, dass sie ohne vorheriges Benehmen mit dem Reichsfinanzminister bei den Personalausgaben von Eigenmächtigkeiten absehen wollten. Keine dieser Abreden ist seitens der Wehrmacht eingehalten worden. Im Frühjahr 1944 gelang es dem Minister zunächst, Wünsche der Wehrmacht auf Erhöhung der Bezüge

für die Soldaten, die unter dem Motto "Vereinfachung" zwecks Freimachung von Männern für die Front gefordert war, abzulehnen, weil diese "Vereinfachung" nur für die Wehrmacht einen Mehraufwand von einer erheblichen Anzahl von Millionen Reichsmark zur Folge gehabt hätte. Dieser gegenüber dem Feldmarschall Keitel erzielte Erfolg sollte aber nur von kurzer Dauer sein. Die Angelegenheit wurde nach einiger Zeit von dem General der Waffen-SS Frank für die Wehrmacht wiederaufgenommen. Trotz des grössten Widerstandes setzte dieser die angebliche Vereinfachung durch, die dem Reich an Mehraufwand einmalig 100 Millionen und laufend jährlich 319 Millionen Reichsmark verursachte.

Am Anfang dieser Ausführungen hatte ich schon auf das bescheidene Auftreten des Ministers hingewiesen. Dieses zeigte sich auch in seiner ganzen Lebensführung. Er liess für sich immer die einschränkendste Regelung gelten. Dies traf besonders bei seinen Dienstreisen zu. Immer war er bestrebt, durch gutes Beispiel (auch) zur Sparsamkeit zu mahnen. Ganz besonders kennzeichnend war in dieser Hinsicht auch seine Stellung in der Frage der Wohnung für sich und seine grosse Familie. Er hat auch als Minister die in dem Beamtenviertel in Zehlendorf gelegene Wohnung besessen, die er schon als Generalreferent innegehabt hatte. Auch als Minister hat er sich diese Wohnung als Dienstwohnung zuweisen lassen - die Minister hatten Anspruch auf eine Dienstwohnung. Diese sehen aber bei anderen Ministern anders aus als die des Reichsfinanzministers Graf Schwerin von Krosigk! Er hat sich sozusagen mit Händen und Füssen gegen das Bezirken seiner grösseren Wohnung gewehrt und sich erst dazu verstanden, als ihm sein Haus durch wiederholte Bombenangriffe (dazu) fast über dem Kopf zusammengeschlagen war. Erst dann hat er ein dem Fiskus gehöriges Einfamilienhaus in der Pöcklerstrasse in Dahlem bezogen. Er hat es auch abgelehnt, für sich einen der für Minister vorgeschriebenen Luftschutzbunker bauen zu lassen, weil er nicht wollte, dass für ihn besondere Sicherheitsmassnahmen getroffen wurden, die für die übrige Beamtenschaft und für die Allgemeinheit nicht geschaffen werden konnten.

*Wewer*

Institut für Zeitgeschichte

Schr. v. 14. 1. 48

25-515-11

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Aus dem Besitz des RA. Fritsch,  
Augsburg. (Vert. Fall VII u. XI)

ZS-576-6

75-516-7

Institut f. Zeitgeschichte  
München  
ARCHIV  
1386/54

Geheimrat Karl Weyer

Berlin-Dahlem, den 14. Januar 1948

Gelfertstr. 14a

Sehr geehrter Herr v. Zitzewitz!

Die Anlage Ihres Schreibens vom 7.1.er. hatten Sie anscheinend auch Herrn v. Knerre mitgesandt, der die entsprechenden Auskünfte bei der Reststelle des ehemaligen R.F.M. eingezeogen hat, wie mir dort versichert wurde. Ich beschränke mich daher nur darauf, Ihnen die Anschrift des früheren preuss. Kultusministers Exzellenz Schmidt-Ott mitzuteilen. Sie lautet: Berlin-Steglitz, Arno Holzstrasse 11.

Ich habe gestern auch die Antwort von Herrn Ministerialdirektor Joseph Mayer aus Hamburg erhalten. Er wird die entsprechenden Angaben dem Verteidiger persönlich machen, der sich für Mitte dieses Monats in Hamburg angemeldet hat.

Zu der übersandten Anlage habe ich im übrigen keine Bemerkungen zu machen. Nur mache ich darauf aufmerksam, dass der zu 2) j erwähnte Schalles für die Frage der Judenbehandlung der Liegenschaften nicht in Frage kommen dürfte, sondern der unter 1. genannte Maedel.

Mit verbindlichsten Grusse ergebenst

Weyer.

Institut für Zeitgeschichte

Dubletten

(Durchschriften)

2130.

ZS-876-8

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Aus dem Besitze des RA. Fritsch,  
Augeburg. (Vert. Fall VII u. XI)

FS-5/6-9

Ich kenne Graf Schwerin von Krosigk schon aus der Zeit, in der ich unter den Reichskanzlern Bauer bis Stresemann-1919 bis 1923- in der Reichskanzlei als Vertragsredakteur tätig war. 1923 habe ich wohl gelegentlich ein- oder vielen anderen Anknüpfungspunkten seine Bekanntschaft gemacht. Er fiel mir vor vielen anderen annehmlich auf durch sein bescheidenes Auftreten, seine gewandten Umgangsformen, seine ausserordentliche Sachkenntnis und geschickte Darstellungsweise. Der Gesamteindruck war der eines Mannes, auf den man sich verlassen konnte und den man schätzen musste.

Als ich am 1. Februar 1925 als Leiter der Beamten- und Besoldungsabteilung in das Reichsfinanzministerium eintrat, war er Generalreferent. 1928 wurde er Ministerialdirektor, dem auch meine Abteilung unterstand, und 1932 Minister. Der stetige Eindruck, den ich von ihm schon vor seinem Eintritt in das Reichsfinanzministerium hatte, hat sich in diesem bei der dienstlichen engeren Berührung nur verstärkt und vertieft. Zu derausserordentlichem Sachkenntnis und geschickten Behandlung der Dinge, die die Durchsetzung der oft schwierigen Stellung des Reichsfinanzministeriums gegenüber den anderen Ministerien und dem Reichstag und seinen Parteien erforderte, trat besonders das tiefe ethische Verantwortlichkeitsgefühl zu Tage, das er nicht nur der Sache, sondern in hervorragendem Masse der menschlichen Seite der vorliegenden und Dinge entgegenbrachte. Die ihm anvertraute Fürsorge für die Beamten und Dinge in ihrem aktiven Verhältnis, im Ruhestand für sie selbst und für ihre Witwen und Waisen und die Betreuung der Kriegsbeschädigten waren vorbildlich. Als in dem Jahren 1930 und 1931 mit Rücksicht auf die finanzielle Lage auch des von ihm betreuten Kreises Kürzungen auferlegt werden mussten, unterzog er sich dieser Aufgabe nur schwerem Herzen und überlegte, wie er die nicht vermeidbaren Kürzungen der Beamten usw. so ertraglich wie möglich machen konnte. Die gleiche Haltung nahm er auch als Minister ein, als die überstürzten Verhältnisse des Jahres 1933 und das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 die Chefs der einzelnen Verwaltungszweige zwang, eine Bereinigung des Beamtenskörpers vorzunehmen. Er behauptete keine Mühe, die zum Teil für die Betroffenen so schwerwiegenden Bestimmungen mit aussererster Milde und Sensibilität durchzuführen. Er bereiste persönlich die Aussenverwaltungsbezirke, um am Ort und Stelle die Dinge zu besprechen. Einige Oberfinanzpräsidenten alten Schlages haben mir gelegentlich erzählt, wie menschlich entgegenkommend der Minister die einzelnen Fälle behandelte. Die alte Beamtenschaft hatte unbedingtes Vertrauen zu ihm und war dankbar für den Schutz, den er ihr den neuen Männern gegenüber angedeihen liess. Sein hohes Verantwortlichkeitsgefühl hat ihn auch in späteren Jahren nicht verlassen und ihn veranlasst, fahnenschützend zu werden und das Wohl und Wehe der ihm anvertrauten Personen und Angehörigen anderer zu übersehen, die sicher nachzugehen den neuen Machthabern gegenüber willfährig gewesen wären.

Die Stellung des Reichsfinanzministers war seit 1930 immer schwieriger geworden. Hatte er während der parlamentarischen Zeiten eine gewisse Stimme, die nicht nur im Reichskabinett, sondern auch im Reichstag und Reichstag ihre Geltung hatte, so verlor der Reichsfinanzminister diese Stellung in immer stärker werdenden Masse durch die rigorese Politik der neuen Machthaber. Die Bande ordnungsgemässer Finanzgebarung lockerten sich immer mehr und brachten dem Reichsfinanzminister und sein Ministerium immer weiter in die Hinterhand. Besonders schwierig war sein ständiger Kampf gegen die immer grösser werdenden Anforderungen der Wehrmacht. Nicht nur die Kontrolle der Sachforderungen wurde ihm entzogen, auch auf dem Gebiet der Personalforderungen und Besoldungen bildeten sich Eigenmächtigkeiten heraus. Wiederholt hatte er mit den verschiedenen Chefs der Wehrmacht Abreden getroffen, dass sie ohne vorheriges Beschluss mit dem Reichsfinanzminister bei den Personalausgaben von Eigenmächtigkeiten absehen wollten. Keine dieser Abreden ist seitens der Wehrmacht eingehalten worden. Im Frühjahr 1944 gelang es dem Minister zunächst, Wünsche der Wehrmacht auf Erhöhung der Bezüge

für die Soldaten, die unter dem Motto " Vereinfachung " zwecks Freimachung von Männern für die Front gefordert war, abzulehnen, weil diese " Vereinfachung " nur für die Wehrmacht einen Mehraufwand von einer erheblichen Anzahl von Millionen Reichsmark zur Folge gehabt hätte. Dieser gegenüber dem Feldmarschall Keitel-erzielte Erfolg sollte aber nur von kurzer Dauer sein. Die Angelegenheit wurde nach einiger Zeit von dem General der Waffen-SS Frank für die Wehrmacht wiederaufgenommen. Trotz des grössten Widerstandes setzte dieser die angebliche Vereinfachung durch, die dem Reich an Mehraufwand einmalig 100 Millionen und laufend jährlich 519 Millionen Reichsmark verursachte.

Am Anfang dieser Ausführungen hatte ich schon auf das bescheidene Auftreten des Ministers hingewiesen. Dieses zeigte sich auch in seiner ganzen Lebensführung. Er liess für sich immer die einschränkendste Regelung gelten. Dies traf besonders bei seinen Dienstreisen zu. Immer war er bestrebt, durch gutes Beispiel (auch) zur Sparsamkeit zu mahnen. Ganz besonders kennzeichnend war in dieser Hinsicht auch seine Stellung in der Frage der Wohnung für sich und seine grosse Familie. Er hat auch als Minister die in dem Beamtenviertel in Zehlendorf gelegene Wohnung beibehalten, die er schon als Generalreferent innegehabt hatte. Auch als Minister hat er sich diese Wohnung als Dienstwohnung zuweisen lassen - die Minister hatten Anspruch auf eine Dienstwohnung. Diese sahen aber bei anderen Ministern anders aus als die des Reichsfinanzministers Graf Schwerin von Krosigk! Er hat sich sozusagen mit Händen und Füssen gegen das Bezirken einer grösseren Wohnung gewehrt und sich erst dazu verstanden, als ihm sein Haus durch wiederholte Bombenangriffe / dazu / fast über dem Kopf zusammengeschlagen war. Erst dann hat er ein dem Fiskus gehöriges Einfamilienhaus in der Pöcklerstrasse in Dahlem bezogen. Er hat es auch abgelekt, für sich einen der für Minister vorgesehene Luftschutzbunker bauen zu lassen, weil er nicht wollte, dass für ihn besondere Sicherheitsmassnahmen getroffen wurden, die für die übrige Beamtenschaft und für die Allgemeinheit nicht geschaffen werden konnten.



Institut für Zeitgeschichte